

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der Arbeiter in städt. Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigungs-, Kanalisations-, Wasserwerke, Elektrizitätswerke etc.), auf Holz- u. Kohlenplätzen und sonstigen Arbeitsleute.

Publikations-Organ

des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- u. Kohlenplätzen u. sonstigen Arbeitsleute.

Er scheint am 1. u. 15. jeden Monats. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnnummer 10 Pfg.	Redaktion, Verlag und Expedition: Franz Voersch, Berlin 26, Falkenstr. 141a	Inserate, die 3 gespaltene Nonpareille- Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung.
--	--	--

Nr. 11.

Berlin, 1. August 1897.

1. Jahrg.

Kollegen! Werbet für Euren Verband und vergeht den Agitationsfonds nicht!

Achtung!

Die Redaktion und Expedition dieser Zeitung befindet sich jetzt:
Berlin W., Culmstraße 32, Luerg. II Tr.
Bitte dieses zu beachten.

Die Bewegung der Mannheimer Gasarbeiter.

Am 19. März d. J. fand in Mannheim zum ersten Mal eine Versammlung sämtlicher in der städtischen Gasanstalt thätigen Arbeiter statt. Dieselbe beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen des Mannheimer Gaswerks und mit der Frage, wie eine Verbesserung der herrschenden Zustände herbeigeführt werden könnte. Man kam schließlich zu dem Resultat, sich dem neu gegründeten Zentralverband der Gasarbeiter d. Deutschlands anzuschließen und beschloß eine Verwaltungsstelle desselben für Mannheim ins Leben zu rufen. Dieselbe hatte bald eine stattliche Zahl von Mitgliedern aufzuweisen, indem sich sowohl die gelehrten Arbeiter, wie Schlosser, Maurer, Zimmerer etc. wie auch die ungelerneten, Feuerleute, Hofarbeiter u. s. w. derselben angeschlossen, selbst die älteren Leute im Alter von 50 und 60 Jahren. Gegenwärtig hat die Mannheimer Verwaltungsstelle ungefähr 160 Mitglieder zu verzeichnen. Daß die Verwaltungsstelle in kurzer Zeit einen derartigen Aufschwung nahm, ist namentlich auf folgende Umstände zurückzuführen. Einmal war ein großer Teil der gelehrten Arbeiter schon bei der Gründung der Verwaltungsstelle organisiert, gehörten diese ihren Berufsvereinigungen an und waren daher mit der gewerkschaftlichen Organisation, ihren Einrichtungen, Handhabungen u. s. w. zur Genüge vertraut. Dann aber nahmen sich in lobenswerther Weise eine Reihe von Mannheimer Genossen der jungen Organisation an — was leider an vielen anderen Orten nicht geschieht — und unterstützten dieselbe durch Haltung von Vorträgen und auf anderen Gebieten, indem sie derselben auch Rath und That bei Seite standen. So haben z. B. in der kurzen Zeit des Bestehens der Verwaltungsstelle folgende Mannheimer Gelehrten Vorträge in den Versammlungen derselben gehalten: Bretting, Hoffag, Geiß, Sängstad und Dressbach. Außerdem mag wohl auch der Umstand, daß Mannheim im Allgemeinen eine gute gewerkschaftliche Bewegung aufzuweisen hat und nicht in dem Polizeistaat Preußen oder Sachsen liegt, sondern in dem freien Baden, eine Rolle bei der erwähnten Thatsache mitgespielt haben.

Als die Verwaltungsstelle einigermaßen erstarkt war, da tauchte wie fast stets bei jungen Organisationen — auch sofort der Wunsch auf, etwas Bestimmtes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Eine Lohnkommission wurde gewählt und dieselbe unterbreitete im Auftrag einer stattgefundenen Versammlung der Direktion des Gas- und Wasserwerkes eine Reihe von Forderungen, die in folgendem Zusammen, welches an die gesammte Behörde gesandt wurde, niedergelegt sind:

Mannheim, den 2. Juni 1897.

Berehrteste Direktion Städtischen Gas- und Wasserwerks Mannheim.

Unterszeichnete Kommission im Auftrag des Gasarbeiter-Verbandes Mannheim, stellt hierdurch folgende Forderungen, welche verehrliche Direktion innerhalb acht Tagen, vom Tage der Zustellung gerechnet, die Rückantwort an die unterschriebene Lohnkommission zu schicken zu wollen.

Punkt 1. Bei 10stündiger Arbeitszeit eine Lohnerhöhung pro Mann 30 Pfg. Mit Ausnahme derjenigen, wo 45 Pf. pro Stunde haben. Ferner für jede Ueberstunde, sowie Sonntags- und Feiertagsarbeit 25 pCt. Lohnzulag.

P. 2. Errichtung einer Kantine nach Muster C. Weyl u. Cie., Lindenhof.

P. 3. Errichtung einer Unterstützungs-kasse aus Ueberflüssen der Kantine, zur Unterstützung bei Unglücksfällen, plötzlicher Krankheit u. s. w.

P. 4. Errichtung eines in gesundheitlicher Beziehung, Anstehungsgefahr u. s. w. bessernden Bades in der Nähe des Feuerhauses, damit die Feuerleute nicht naß durchschwitzig durch den langen Hof laufen müssen.

P. 5. Für sämtliche Arbeiter mit Ausnahme der Feuerleute, die gerade Feuerhaustour haben, eine Pause von 10 Minuten vor jedem Feierabend. Die Pause ist durch ein besonderes Zeichen anzugeben.

P. 6. Abschaffung des Verlezes durch Marken-Ausgabe.

P. 7. Wegfallen sämtlicher Akkordarbeit.

Im Anbetracht der jetzigen theuren Lebensverhältnisse und der harten Arbeit, sehen wir uns veranlaßt, an die verehrliche Direktion obige Forderungen zu stellen.

In Erwartung Obiges erfüllt zu sehen

Hochachtungsvoll

Die Lohnkommission.

(4 Unterschriften.)

Diese Forderungen waren wohl sehr bescheidener Natur, wenn man die Thatsache in Erwägung zieht, daß in Deutschland Orte aufzuweisen sind, an denen die Gasarbeiter beinahe noch einmal so hohe Löhne beziehen, als dieses bisher in Mannheim der Fall war. Die Feuerleute erhielten einen Tagelohn von 3,30 Mk., die Hofarbeiter 2,70 Mk.

Die Direktion legte dieses Schreiben nebst einem Bericht, der sich darüber aussprach, was man bewilligen könne, dem Verwaltungsrath des Gas- und Wasserwerks vor, welcher in einer Sitzung am 18. Juni den Vorschlägen der Direktion im Wesentlichen seine Zustimmung erteilte und übermittelte dieselben dann dem Stadtrath (Gemeindeverwaltung der Stadt Mannheim) zur endgültigen Genehmigung.

In der Sitzung vom 25. Juni verhandelte der Stadtrath über diese Angelegenheit; faßte jedoch keinen endgültigen Entschluß, sondern beschloß erst noch einige Erhebungen zu veranstalten. Am 29. Juni wurde alsdann vom Stadtrathe einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

1. Die Errichtung einer Fabrikantenne, sowie
2. Die Errichtung eines Baberaumes in unmittelbarer Nähe des Feuerhauses wird erfolgen.

3. Für sämtliche Arbeiter mit Ausnahme der Dienarbeiter wird 10 Minuten vor Feierabend behufs Arbeitschluss ein Zeichen gegeben.

4. Abschaffung des Verlezes und Einführung der Marken-Ausgabe ist genehmigt.

5. Affordarbeiten, welche nur in wenigen Fällen vorkamen und jeweils nur zum Vorteil der Arbeiter waren, können in Zukunft unterbleiben.

6. Den Feuerarbeitern wird eine Lohnerhöhung von 30 Pf. bewilligt. Sie sind jedoch künftig ständig am Feuer zu beschäftigen mit Ausnahme der heißen Jahreszeit (in den Monaten Juni, Juli, August und September), während welcher innerhalb von je 3 Wochen eine achtstägige Verwendung im Freien erfolgt.

7. Den ständigen Tagelöhnern wird eine Zulage insofern bewilligt, als eine insoweit Erhöhung ihres Lohnes von 2,60 Mk. bis 3 Mk. eintritt.

8. Den Handwerkern eine generelle Lohnerhöhung zu bewilligen, ist mit Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer Beschäftigung nicht angängig. Eine Zulage wird ihnen jedoch nach der Art ihres Geschäfts sowie nach Leistungen und Fleiß einzeln gewährt.

Sämmtliche bewilligten Zulagen sind mit Wirkung vom nächsten Lohnabtag (2. Juli) zu berechnen.

Der Stadtrath hatte also nicht alle Forderungen der Arbeiter bewilligt, sondern nur einen Theil derselben. Ueber die finanziellen Effekte der bewilligten Forderungen machte der Stadtrath folgende Mittheilungen:

1. Die Kosten der Einrichtung einer Fabrikantenne, Erbauung eines neuen Bades u. s. w. lassen sich mangels vorhandener Kostenvoranschläge und Pläne nicht berechnen.

2. In Folge der generellen Erhöhung der Löhne der Feuerarbeiter entsteht ein Mehraufwand von . . . Mk. 7000,—

3. Im Jahre 1896 ist durch die Erhöhung der Arbeitslöhne sowie durch eine Aenderung zu Gunsten der Arbeiter im Gaswerk erwachsen ein Aufwand von . . . 7900.—

Im Ganzen betragen die seit 1896 bewilligten Lohnaufbesserungen im Gaswerke . . . Mk. 14 900,—

4. Nicht inbegriffen sind die an die Tagelöhner und Handwerker auf Grund des Stadtrathsbeschlusses vom 29. v. M. zu bewilligenden Zulagen.

Die Direktion des Gaswerks wäre nun, nachdem der Stadtrath einen Theil der Forderungen bewilligt hatte, verpflichtet gewesen, hiervon den Arbeitern Mittheilung zu machen. Sie unterließ jedoch dieses. Ihr schen es immer noch nicht in den Kopf zu wagen, daß jetzt in Folge der Organisation, über die sie sich öfters in abfälliger Weise ausgesprochen hatte, andere Zustände in ihrem Betriebe Platz greifen sollten. — Erst als die Feuerleute, welche von den Bewilligungen gehört hatten, Miene machten, die Arbeit einzustellen, ließ sie sich zu Mittheilungen über die bewilligten Forderungen herbei.

Da nun aber, wie bereits bemerkt, nur ein Theil der Forderungen die Zustimmung des Stadtraths erfahren hatte, so erklärten sich die Arbeiter mit den ihnen gemachten Zugeständnissen nicht einverstanden. Nach der Berechnung des Stadtraths sollte der finanzielle Effekt, wenn alle Forderungen der Arbeiter bewilligt würden, eine jährliche Mehrausgabe von 29 000 Mk. zur Folge haben.

Daraufhin reichten am 6. Juli 101 Arbeiter folgende Kündigung ein:

Mannheim, 5. Juli 1897.

In Erwägung dessen, daß die Forderungen des Arbeiterverbandes an die städtischen Gas- und Wasserwerke nur zu einem Bruchtheil anerkannt worden sind, erklären die Arbeiter durch Unterschrift, an ihrem am 10. Mai 1897 eingereichten Forderungen energisch feitzubalten und reichen hiermit die Kündigung ein. Somit wird die Arbeit acht Tage nach dieser Zuweisung eingestellt.

(101 Unterschriften.)

In dem Gaswerke sind ungefähr 130 Personen beschäftigt. Die Unterschrift der fehlenden Arbeiter war deshalb in den meisten Fällen nicht zu erlangen, weil sie außerhalb beschäftigt, oder nicht zur Stelle waren. — Noch an demselben Abend hielt der Stadtrath eine Sitzung ab, in der er gegen die Stimmen der 3 sozialdemokratischen Vertreter sich auf den Standpunkt stellte, jetzt mit den Arbeitern nicht eher zu unterhandeln, so lange die Kündigung aufrecht erhalten werde. — Zugleich wurde der Direktion des Gaswerks die unbeschränkte Vollmacht erteilt, im Einverständnis mit dem Oberbürgermeister sämtliche Schritte zu thun und keine Kosten zu scheuen, um den Ersatz der ausständigen

Arbeiter bis zum Tage der Arbeitsunterlegung herbeizuführen. Gleich darauf waren in der bürgerlichen Presse Annoncen zu finden, nach denen das städtische Gaswerk zu Mannheim Arbeiter bei einem Tagelohn von 4,50 Mk. suche. — Also für die Streikbrecher hatte der Stadtrath Geld übrig, denen konnte er 4,50 Mk. pro Tag bezahlen, seinen bisherigen Arbeitern jedoch nicht! — In lobenswerther Weise nahm sich nun das Mannheimer Gewerkschafts-Kartell der Sache der Arbeiter an, indem es Aufrufe erließ, welche vor Zuzug nach Mannheim warnten — Thatsächlich fanden sich auch nur wenige Arbeiter, welche bereit waren, Streikbrecher zu werden und von diesen hörten wieder sofort die meisten auf, da sie die schwere Arbeit nicht leisten konnten.

Wie bereits früher gesagt, war die ganze Bewegung von Seiten einer Reihe Mannheimer Genossen unterstützt worden und diese, die in Folge ihrer langjährigen Thätigkeit in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung über eine gute Portion praktischer Erfahrungen verfügten, machten jetzt den Arbeitern den Vorschlag, die Kündigung zurückzuziehen, mit dem Stadtrath in neue Unterhandlungen zu treten, da dieser dann wohl alle Forderungen der Arbeiter bewilligen werde. — Eine Versammlung wurde dieserhalb einberufen. Unser Genosse Stadtrath und Landtagsabgeordneter Dreesbach hielt das Referat und unterbreitete den Anwesenden den Vorschlag. Diese erklärten sich jedoch in geheimer Abstimmung mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität, an der Kündigung feitzubalten. Es mag dieses vielleicht nicht ganz richtig, vom strategischen Standpunkte aus betrachtet, gewesen sein; doch ist nicht zu vergessen, daß die Bewegung jung war, sie über keine praktischen Erfahrungen verfügte und im Gefühle ihrer Jugendkraft an einen Sieg, der eventuell durch einen Streik erkämpft werden sollte, festsetzte glaubte. Kurz darauf fand eine Aussprache zwischen der Lohnkommission und dem Oberbürgermeister statt, am Vortage wurden den Arbeitern die erhöhten Löhne ausgezahlt und in einer neu einberufenen Versammlung wurde dann der Beschluß gefaßt, die Kündigung zurückzuziehen und in neue Unterhandlungen mit der Stadtbehörde einzutreten.

Diese hatten denn auch den Erfolg, daß sämtliche Forderungen bewilligt wurden.

Wem haben nun die Mannheimer Gasarbeiter ihren Erfolg zu verdanken? Einzig und allein der Organisation! Erst durch diese wurde Euingkeit geschaffen und ein planmäßiges Vorgehen insensuit; erst durch diese erhielten sie die nicht zu unterschätzende Unterstützung namhafter Mannheimer Genossen und des Gewerkschafts-Kartells. Ohne Organisation hätten sie wahrscheinlich nie etwas von Bedeutung erreicht. — Darum sollen sie jetzt an der Organisation treu feitzhalten und dieselbe ausbauen. Sie sollen nicht etwa in den Fehler verfallen, in den leider oft organisierte Arbeiter verfallen, wenn sie Erfolge durch ihre Vereinigung aufzuweisen gehabt haben, daß sie jetzt die Organisation vergessen und derselben den Rücken kehren. Gerade nach beendeten siegreichen Kriegen müssen die Armeen ausgeübt und gestärkt werden, weil der unterlegene Gegner stets beitreibt sein wird, die gemachten Zugeständnisse wieder zurückzuerobern, zu entreißen. Außerdem ist auch jetzt die Lage der Mannheimer Kollegen noch lange keine rosig, so daß jede Organisation überflüssig ist, sondern im Gegentheil, sie ist noch sehr verbesserungsbedürftig. Aber auch die Kollegen anderer Orte, organisierte und nicht organisierte, werden aus dem Vorgehen der Mannheimer den Schluß ziehen müssen, daß nur durch Organisation etwas zu erreichen ist und sich dieser — soweit dieses noch nicht zutrifft — anschließen. Die Lohnbewegung der Mannheimer Kollegen war im Grunde genommen die erste größere Bewegung, die unser junger Verband bisher aufzuweisen gehabt hat. Sie ist ohne bedeutende Opfer zu Gunsten der Arbeiter verlaufen. Tausende, die früher in den städtischen Mannheimer Kassen, stiegen jetzt in die Taschen der Arbeiter. Mögen alle zukünftigen Bewegungen mit einem gleich günstigen Resultat für uns abschließen; dazu ist jedoch eine starke Organisation an allen Orten notwendig.

B. P.

Das Ausscheiden der Holz- und Kohlenarbeiter.

In ihrer letzten Mitglieder-Versammlung haben die Berliner Holz- und Kohlenarbeiter, welche unserem Verbande angehören, den Beschluß gefaßt, aus unserer Organisation auszutreten und sich dem Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Beschäftigter Deutschlands anzuschließen. Wir können diesen Beschluß nur mit Freuden begrüßen. Warum?, so wird viel-

leicht dieser und jener fragen. Weil ein dauerndes, erprießliches Zusammenarbeiten der Gas- und anderen städtischen Arbeiter mit den Holz- und Kohlenarbeitern einfach unmöglich ist. Die Holz- und Kohlenarbeiter waren die eigentlichen Gründer unserer Organisation. Als im Frühjahr 1896 die Berliner Gasarbeiter sich zu organisieren beabsichtigten, aber aus Furcht vor Maßregelungen keine eigene Organisation gründeten, ließen sie bei den verschiedensten bestehenden Vereinigungen umher und fragten an, ob man sie nicht aufnehmen wolle. Die Holz- und Kohlenarbeiter, welche eine lokale Organisation beifügen, erklärten sich hierzu bereit. Aus dieser gemeinsamen Organisation entstand später der gegenwärtige Verband. Die Gasarbeiter überließen bald die Holz- und Kohlenarbeiter, sodaß gegenwärtig im Verbandsrat 90 pCt. Gas- und andere städtische Arbeiter sitzen dürfen und nur 10 pCt. Holz- und Kohlenarbeiter. Die Holz- und Kohlenarbeiter gehören nun einer ganz anderen Arbeiterkategorie an als die Gas-, Wasserwerks-, Kanalisationsarbeiter u. s. w. Sie gehören in den Hafenstädten, wie z. B. in Hamburg, zu den Hafenarbeitern, in den Städten des Binnenlandes zu den Arbeitern, welche im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe thätig sind. Welche gemeinsamen Interessen haben die Holz- und Kohlenarbeiter mit den Arbeitern der Gasanstalten z. B. Keine anderen gemeinsamen Interessen als mit den Metallarbeitern, Schuhmachern u. s. w. Sie wirken auf einem ganz anderen Gebiete, befügen ganz andere Berufsinteressen und unterliegen anderen Gesetzen (Sonntagsruhe zc.) als die Gasarbeiter. Schon dieser Umstand macht die Vertretung der so verschiedenen Berufsinteressen innerhalb einer Organisation zur Unmöglichkeit. Dann aber sind für die Holz- und Kohlenarbeiter schon größere Zentral-Verbände vorhanden, denen wir keine Konkurrenz machen dürfen, da dieses den bisher geltenden Prinzipien der Arbeiterbewegung zuwiderläuft, und andererseits können sie in diesen Organisationen ihre speziellen Berufsinteressen viel besser vertreten, als in unserer. Ferner: So lange das gegenwärtige Verhältnis besteht, ist an einen Fortschritt unserer Organisation nicht zu denken. Die Gewerkschaftskarteile verweigern durchgängig — und mit vollem Recht — den Gasarbeitern ihre Unterstützung, weil sie sagen, daß wir in Folge des Verhältnisses mit den Holz- und Kohlenarbeitern bestehenden Zentral-Verbänden eine verwerfliche Konkurrenz bereiten. Wenn nun gesagt wird, es müsse den Gewerkschaftskarteilen zc. ganz egal sein, welcher Organisation sich der einzelne Arbeiter anschließt, so ist dieses eine vollständig bündelnde Redensart. Wenn Metallarbeiter sich dem Schuhmacher-Verband, Tischler der Schneider Vereinigung und Holzfütcher der Gasarbeiter-Organisation anschließen, so ist eine Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeschlossen, weil keine Verbindung unter den Berufsgenossen da ist und ein planmäßiges Vorgehen ausgeschlossen ist. Daher hat jeder Arbeiter sich der Organisation anzuschließen, die für seinen Beruf geschaffen worden ist. Dann nochmals zu der Konkurrenzfrage: Dieselbe ist unbedingt verwerflich. Wie würde es z. B. den Gasarbeitern gefallen, wenn der Verband der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter herkäme und uns unsere Mitglieder abspenstig machen würde? Dann würde man Jeter und Nordero schreien. Wiltun dürft man dasselbe auch nicht thun. Die Holz- und Kohlenarbeiter können stolz darauf sein, den eigentlichen Grundstein zur Gasarbeiterorganisation gelegt zu haben, die Gas- und anderen städtischen Arbeiter werden dieses nie vergessen, ein weiteres Zusammenbleiben ist jedoch unnützlich, da es nicht zum Vorteil, sondern nur zum Schaden beider Theile dient.

Claudius.

Verbandstheil.

Bekanntmachung.

Das Mitgliedebuch Nr. 1028, auf den Namen Scholl aus Königsberg i. Pr. lautend, ist verloren gegangen. Dasselbe wird hierdurch für ungültig erklärt.

Bei dem Kassirer sind folgende Gelder eingegangen: Mannheim 27,65 Mk., Erfurt 20. — Mk., Hamburg 15,75 Mk., Erfurt 15. — Mk., Berlin 11 28. — Mk.

Wir bitten, die Sammellisten, auf denen Beiträge für den Agitations- und Unterstützungsfonds gezeichnet sind, an den Hauptkassirer abführen zu wollen. — Ueber dieselben wird hier von Zeit zu Zeit berichtet werden.

Etwaige Reklamationen betreffs unrichtiger oder unterlassener Zutrittung wollen man bei dem Unterzeichneten einreichen. Der Unterzeichnete wohnt jetzt: Berlin W., Culmb. 25, Quergebäude II.

Der Haupt-Vorstand.

J. A. Dr. Foersch, Berlin W.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Holz- und Kohlenarbeiter hielten am 11. Juli ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tages-Ordnung hielt Genosse Schumann, Vorsitzender des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, einen Vortrag über den Werth der Organisation. Er wies statistisch nach, daß die größeren Verbände gegenüber den kleinen bedeutende Vortheile hätten, indem sie in allen Beziehungen viel billiger arbeiteten; ferner zeigte er die Vortheile, welche durch die Unterstützung der Arbeitslosen und in Krankheitsfällen für die Organisation entstünden. Redner empfiehlt dann, daß die Holz- und Kohlenarbeiter sich dem Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands anschließen möchten, weil sie dem Handels- und Transportgewerbe angehören und mit den Gas- und anderen städtischen Arbeitern nichts mehr gemein haben, als wie mit jedem anderen Arbeiter. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Pechl, Schüller, Schaubert und andere, von denen einige sich mit dem Verhalten der Gasarbeiter nicht einverstanden erklären konnten. Dann wurde ein Antrag angenommen, sich dem Verbandsrat der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter Deutschlands anzuschließen, da unter den jetzigen Verhältnissen an einen Fortschritt nicht zu denken sei. Zu diesem Zweck soll am 8. August eine General-Versammlung einberufen werden, die endgültig in dieser Angelegenheit Beschluß fassen soll. Hierauf erstattete der Kassirer den Bericht für das 2. Quartal 1897. Die Einnahmen betragen 193,01 Mk., die Ausgaben 125,47 Mk., so daß ein Ueberschuß von 67,54 Mk. bleibt. Da die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten, so wurde der Kassirer entlastet. Dann verlas Kollege Vohl die Abrechnung vom letzten Sitzungsfest. Die Einnahme betrug 88,80 Mk., die Ausgabe 95. — Mk. Ausstehen noch 22 Herren- und 23 Damen-Billets. Kollege Schumann macht dann noch auf das am 15. August in den Armirenhallen stattfindende Vergnügen aufmerksam, worauf die Versammlung geschlossen wird.

Charlottenburg. In der am 15. Juli stattgefundenen Mitglieder-Versammlung hielt zunächst Genosse Flemming einen Vortrag über: „Die Quellen des Reichthums“. Er schilderte, wie die besitzenden Klassen entstanden und wie diese zu ihren Reichthümern gekommen sind; führte dann der Anwesenden die Lage des arbeitenden Volkes vor Augen, daß diese nur sehr wenig von dem gesammelten Arbeitsertrage erheben und kam dann schließlich auf den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation zu sprechen. Heißer Beifall war das Resultat des Vortrages. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Mitglieder im Sinne des Referenten. Dann verlas der Kassirer die Abrechnung. Einwendungen wurden gegen dieselbe nicht erhoben und erhielt der Kassirer einstimmig Decharge erteilt. Darauf nahm man einen Antrag an, in nächster Zeit mehr Agitation für die Holz- und Kohlenarbeiter zu entfalten. Kollege Blum stellte ferner den Antrag, pro Woche eine Extratreue von 5 Pfg. zu erheben, um die Ortskasse zu stärken. Derselbe wird angenommen. Ebenso ein Antrag, der besagt, daß Krankengeld erst von der 2. Woche der Krankheit an gezahlt wird. Ferner wurde noch beschlossen, bei Strahl, Schillerstr. 30 und bei Schmiedke, Ubriststr. 20, neue Zahlstellen zu errichten. Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Erfurt. Am 24. Juli fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die gut besucht war. Der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Dr. Foersch, hielt zum 1. Punkt der Tagesordnung einen 1½ stündigen Vortrag über den Nutzen der Organisation. Er schilderte zunächst, wie die moderne Arbeiterbewegung entstanden ist, daß sie nicht, wie so oft die Gegner derselben behaupten, von Agitatoren und Aufhegern gemacht, sondern in Folge der gewaltigen Umwälzungen auf technischem, ökonomischem und sozialem Gebiete geworden sei. Nachdem Redner insbesondere die gewaltigen Kämpfe der englischen Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung den Anwesenden vor Augen geführt, und kurz die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung dargelegt hatte, ging er auf die einzelnen Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen näher ein. Die Verkürzung der Arbeitszeit bezeichnet er als eine der Kardinalforderungen der gewerkschaftlichen Kämpfe. Gerade dieser Punkt wird für die nächsten Jahre bei der Bewegung der Gas- und städtischen Arbeiter immer im Vordergrund stehen, da in den Gaswerken und anderen städtischen Betrieben die Arbeitszeit durchgängig viel länger ist, als in den meisten anderen Industrien. Lange Arbeitszeit geriete in der morderrischen Weise die Gesundheit der Arbeiter, welches durch die Forschungen bedeutender medizinischer Autoritäten durch die Statistik und Gewerbeinspektoren bewiesen worden ist. Lange

Arbeitszeit mache ferner eine weitere geistige Ausbildung des Arbeiters zur Unmöglichkeit, verursache viele Unglücksfälle und vermehre die Zahl der Arbeitslosen. Dann sei ferner die Affordarbeit zu bekämpfen, höhere Löhne müssten erzielt werden und viele andere Dinge seien verbesserungsbedürftig. Hierauf kam er auf das Vorgehen der Mannheimer Kollegen zu sprechen, das schlagend gezeigt habe, was eine starke Organisation leisten könne und schloß mit der Aufforderung, dieselbe Sorge zu halten und für die Ausbreitung derselben Sorge zu tragen. Hecker Beifall lobte den Vortragenden für seine Ausführungen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und folgte bald darauf Schluß der Versammlung.

Mannheim. Die Gasarbeiter hielten am 17. Juli im Lokal Hecheg eine Versammlung ab, in welcher der Hauptvorstand des Verbandes, Genosse Försch aus Berlin, über die Lohnbewegungen der Gasarbeiter Deutschlands referierte. Derselbe schilderte in klarer durchsichtiger Darstellung die soziale Lage der Arbeiter und betonte besonders, daß die deutschen Arbeiter im Vergleiche zu den englischen Arbeitern, welche besser organisiert sind, in allen Stücken bedeutend zurück wären. Der Gasarbeiter-Verband Deutschlands wäre zwar noch sehr jung, würde aber in einigen Jahren gänzlich zur Bedeutung gelangen, um den städtischen Kommunen entgegenzutreten, den städtischen Arbeitern bessere Lebensbedingungen erobern zu können. Hedner führte aus, daß die Arbeiter der Gasarbeiter (Feuerleute) die schwersten von allen schweren Arbeiten sei. Die Luftverhältnisse seien so ungesund, daß sie selbst ohne die schwere und harte Arbeit allein genügen, um einen gesunden Mann in kurzer Zeit zu liefern. Die städtischen Kommunen würden die Arbeiter bei geringem Lohne mehr ausbeuten, als dies der Fall wäre, wenn ein solcher Betrieb in den Händen von Privatunternehmern sich befände. Die diesmahligen Forderungen der Gasarbeiter seien sehr reichenden gewesen; die Berliner Gasarbeiter haben einen Tagelohn von 5 Mk. und verdienen bei einer 18 Stunden-Schicht 8 Mark. Diese Löhne seien durchaus nicht zu hoch; denn wenn die Feuerleute sich nicht zuliegen können, so könnten sie überhaupt nicht existieren. Hedner begründet dies durch eine ärztliche Statistik, in welcher Lungentuberkulose, Darmentzündung, Rippenfellentzündungen als Berufskrankheiten der Gasarbeiter eine Hauptrolle spielen. Nach den Feststellungen von ärztlicher Seite sei allzulange Arbeit (18 Stunden) als Hauptursache dieser Erkrankungen zu betrachten. Der Gasarbeiter hätte nur 8 Stunden gearbeitet; dieselben müßten nach 10stündiger Arbeit so ermüdet und müde sein, daß sie nicht einmal eine Zeitung lesen, viel weniger sonst etwas unternehmen könnten. Afford arbeit sei Vorarbeit. Der Hedner ermahnte zum Schluß besonders zum Festhalten an der Organisation; nur durch diese könnten die Arbeiter etwas erreichen und Schritt für Schritt vorwärts kommen. Die Versammlung war gut besucht. Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifalle aufgenommen, worauf eine dem Vortrag entsprechende Resolution angenommen wurde. (Mannheimer „Volksstimme“.)

Aus unserem Herde.

In Charlottenburg wurden am 29. Juni die Arbeiter der Anzahl II, welche beim Kohlenaufladen beschäftigt sind, bei dem Meister, Herrn Krieg, wegen einer kleinen Lohnzulage und Vereinfachung der zwölfstündigen Arbeitszeit vorstellig. Herr Krieg meinte, daß aus der Bewilligung dieser Forderungen nichts werden dürfte, da man den Lieferanten (!) entgegenkommen müßte. — Am Abend des 30. Juni wurden darauf die Arbeiter zu dem Betriebs-Ingenieur, Herrn Schimming, bestellt, welcher die Wünsche der Arbeiter hören und mit denselben unterhandeln wollte. Zugewesen waren bei dieser Verhandlung außer Herrn Schimming auch der Assistent Herr Jäger, die beiden Meister und der Vorarbeiter Wilde. Herr Betriebs-Ingenieur Schimming ließ sich nun zunächst die Wünsche der Arbeiter vortragen und führte dann aus, daß auch seiner Meinung nach die zwölfstündige Arbeitszeit zu lang sei. Hierauf räumte er an den Vorarbeiter Wilde die Frage, warum dieser die Arbeiter zwölf Stunden arbeiten lasse. Wilde antwortete: „Weil es der Meister so bestimmt hat.“ Als dann Herr Schimming dieselbe Frage an die Meister stellte, antwortet der Meister Salomon: „Weil die Leute 12 Stunden arbeiten wollen.“ Diese Behauptung erregte natürlich große Verwunderung unter den anwesenden Arbeitern, da diese nie wegen der Länge der Arbeitszeit befragt worden, sondern man im Gegen-satz den Arbeitern, die nicht 12 Stunden thätig sein wollten, stets sagte: „Dann können sie ja aus der Kolonne herausgehen

und nehme ich mir andere Leute.“ Herr Schimming meinte dann, daß die zwölfstündige Arbeitszeit nicht nötig sei und man auf die Kohlenlieferanten keine Rücksicht zu nehmen habe. Ob die Schiffe eventuell länger liegen müssen, gebe die Anstalt nichts an und sei dieses nur lediglich eine Angelegenheit der Lieferanten. Dann kam Herr Schimming auf die Lohnverhältnisse zu sprechen. Die Lohnbücher ergeben, so meinte er, daß die Arbeiter, welche die Kohlen ganz vorne hin zu fassen haben, also nur einen kurzen Weg, in 10 Stunden 7,90, 7,50, 7,25 Mk. (?) verdienen hätten, während diejenigen, welche die Kohlen nach dem äußersten Ende befördern, nur auf 5 Mk. pro Tag gekommen seien. Daher solle in Zukunft diese Angelegenheit in folgender Weise geregelt werden. Für die Löhne bleibt es 30 Pfennig; diejenigen, welche die Kohlen ganz vorne hin befördern, erhalten 5 Pfg. weniger, diejenigen, welche sie nach hinten befördern müßten, erhalten 5 Pfg. mehr. Bei dieser Regelung würde der Arbeiter einen Stundenlohn von 60 Pfg. verdienen. Die Arbeiter erklärten sich hienüt einverstanden. Herr Schimming konnte es jedoch nicht unterlassen, am Ende der Unterhandlung von Aufwieglern zu sprechen, welche die ganzen Arbeiter aufbeizten. Wir werden wahrscheinlich in der nächsten Nummer auf die „Aufwieglern“ zurückkommen.

In der Anstalt zu Schöneberg, welche der Imperial-Kontinental-Gas-Station gehört, müßten die Reinigungsarbeiter am 14. Juni d. J. länger als wie sonst üblich arbeiten. Diese Thatsache war namentlich aus dem Umstand zurück zu führen, daß einmal die Reinigungsmasse außergewöhnlich hart war, und andererseits beruhte an diesem Tage eine gewaltige Hitze, wodurch die mühselige Arbeit bedeutend erschwert wurde. Die betreffenden Arbeiter konnten ihre Thätigkeit erst um 9 Uhr und 15 Minuten Abends einstellen. Nach den in der betreffenden Anstalt geltenden Bestimmungen hätten hiernach die Arbeiter 4 Ueberstunden bezahlt zu verlangen. Diese erhielten sie jedoch nicht bezahlt, sondern nur zwei. Als darauf einige Arbeiter dieserhalb vorstellig wurden, drohte man denselben mit der Entlassung. Dieses war allerdings von den Herren Unterbeamten keine Heldenthat, denn jemand durch den Hunger zu zwingen, auf seine ihm zustehenden Rechte zu verzichten, kann jedes kleine Kind. Der Hauptvorstand des Verbandes richtete infolgedessen ein Schreiben an den Generaldirektor Herrn E. Trow und bat darum, daß die Arbeiter die anderen zwei Stunden auch bezahlt erhielten. Dieses ist jedoch bisher nicht geschehen. Zwar ist infolgedessen eine Aenderung eingetreten, indem die Arbeiter von jetzt ab immer zwei Stunden bezahlt erhalten sollen, ob sie früher fertig werden oder nicht und andererseits die Reinigungsarbeiter ständig abgewechselt werden und nicht mehr immer ein und dieselben Arbeiter in der Reinigung thätig sein müssen. Auch hat der Hauptvorstand bisher eine Antwort auf sein Schreiben nicht erhalten. Das zeigt gerade nicht von besonderer Bildung und Höflichkeit; doch was nicht ist, kann vielleicht noch eintreten, durch die Macht der Organisation herbeigeführt werden.

In die Charlottenburger Mitglieder!

Zum Schluß der Mitglieder-Versammlung vom 15. Juli wird Krankengeld erst von der zweiten Woche der Krankheit an gezahlt. Ferner wird wöchentlich eine Extrastunde von 5 Pfg. erhoben, um die Krankkassen zu stärken. Bei Kollegen Strahl, Schillerstr. 30, Eingang Straße 6 und Restaurateur Schmidtke, Christstr. 20, sind neue Zahlstellen errichtet worden.
Die Ortsverwaltung.

In die Bisdorfer Mitglieder!

Da eine Anzahl von Mitgliedern mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, so machen wir diese darauf aufmerksam, daß wir länger als 4 Wochen mit seinen Beiträgen rückständig ist, keinen Anspruch auf Unterstützung irgend welcher Art hat. Als Krankenunterstützung wird 3 Mark pro Woche gezahlt. Der 1. Kassirer A. Müller wohnt jetzt: Schönweiderstr. 21, vorne III, der 2. Kassirer R. Bichnow, Lessingstr. 9, Ecke Kopffstr., Hof 1. Ausgang, der Vorstehende H. Lehmann, Prinz Handjery-straße 51, Hof IV.
Die Ortsverwaltung.

Versammlungs-Kalender.

Schöneberg. Mittwoch, den 15. August, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Brunnenstraße 110 bei Lbit.

Verantw. Redakteur: Bruno Försch, Berlin, Culmburger 82.
Druck: Wauerer & Dimmich, Louiseufer 11.